

Radtke, Katrin/ Schlichte, Klaus (2004): *Bewaffnete Gruppen und die moralische Ökonomie der Diaspora*, In: Beckert, Jens/ Eckert, Julia/ Kohli Martin, Streeck, Wolfgang (Hrsg.): *Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen*, Frankfurt/ New York, S. 181-194.

Bewaffnete Gruppen und die moralische Ökonomie der Diaspora

Katrin Radtke und Klaus Schlichte

Kriege werden heute gern als »unpolitisch« bezeichnet. Folgt man den gängigen Publikationen zum Thema, so sollen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zunächst ethno-nationalistische Kriege überwogen haben. Diese sind in heutiger Sichtweise nun durch ökonomische, »privatisierte« Kriege abgelöst worden. Demnach sind es nun nur noch die Habgier der Warlords und das Gewinnstreben der Söldner, die die dominanten Motive in den Kriegen der Gegenwart darstellen.¹ Diesen Thesen über die Entpolitisierung und die Amoralität der Kriegsparteien lassen sich Befunde über die Strategien und Motive nichtstaatlicher Kriegakteure gegenüberstellen, die weniger eindeutig sind. Nach wie vor geht es in den Kriegen der Gegenwart um Fragen der Macht und der Herrschaft, um die Erringung von Ämtern, um die Verstetigung von Machtchancen und um soziale Ordnung – um politische Fragen also. Zugleich ist der Krieg ein Feld der moralischen Produktion. Denn Schuld, Scham, Furcht und Rache sind Motive, die für die Politik der Parteien wie für einzelne Kriegakteure mindestens ebenso handlungsleitend werden können wie die Aussicht auf materielle Besserstellung. Vielleicht zeigen sich in den neuen Beschreibungen des Kriegsgeschehens eher Veränderungen in den Kategorien und Wahrnehmungsschemata der Beobachter, während sich die Sache selbst nicht allzu sehr verändert hat.

Das Kriegsgeschehen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend internationalisiert. Die Kämpfe um Macht und Herrschaft, als die sich die heute dominanten innerstaatlichen Kriege auffassen lassen, finden nicht mehr an nur einem Ort oder einer Frontlinie statt. Stattdessen ereignen sie sich in mehreren Arenen gleichzeitig. Der militärische Kampf wird begleitet von politischen Kämpfen um legitime Sichtweisen, um Kodierungen und um Verteilungen. Und diese nichtmilitä-

1 Vgl. hierzu Kaldor (2000) und die Beiträge in Berdal/Malone (2000). Zu einer anderen Interpretation kriegerischer Gewalt nach 1945 vgl. Jung/Schlichte/Siegelberg (2003).

rischen Kämpfe finden an verschiedenen Orten statt, auch in denen des Exils. Die politische Seite des Konflikts ereignet sich nicht nur in der Hauptstadt des Landes, um dessen Kontrolle gekämpft wird, nicht nur in der Provinz und auch nicht nur in geheimen Konferenzen, in denen die noch kämpfenden Parteien über politische Lösungen streiten. Spätestens seit der Ära der Dekolonisationskriege ist erkennbar, wie der politische Kampf um Anerkennung und Unterstützung regionale Grenzen weit übersteigt.

Diese Internationalisierung berührt auch die Strategien bewaffneter Gruppen, wie im Folgenden an zwei »moralischen« Beziehungen gezeigt werden soll. Im ersten Teil dieses Beitrages wird der Frage nachgegangen, wie nichtstaatliche Kriegersakteure an die »moralische Ökonomie der Diaspora« anknüpfen können und wie sie diese transnationalen solidarischen Beziehungen im Kontext von Bürgerkrieg und Migration stabilisieren können. Die Beziehung zwischen Exilgemeinden und lokalen Kriegersakteuren macht die Plurilokalität von Mobilisierung und Legitimierung, die bewaffnete Konflikte heute aufweisen, besonders deutlich. Eine andere Beziehung, die im zweiten Teil dieses Beitrags behandelt werden soll, entsteht dadurch, dass nichtstaatliche Kriegersakteure ebenso wie Exilanten in die Zusammenhänge der internationalen Politik eingebettet sind. Sie sind strategische Akteure in einem Feld, in dem Moral und die Norm der Solidarität eine große Rolle spielen. Sie wenden sich an diese Umgebung auch mit moralischen Argumenten und Handlungen.

Beide Strategien, die Anknüpfung an die moralische Ökonomie der Diaspora wie der Appell an die internationale Politik, sind Teil der Politik bewaffneter Gruppen, die Verfügung über Machtmittel zu stabilisieren und in legitime Herrschaft zu verwandeln. In ihnen zeigen sich widersprüchliche Elemente der Solidarität: Die moralische Ökonomie der Diaspora spannt über unterschiedliche Mechanismen Beziehungen, die für den Einzelnen Möglichkeiten eröffnen, die aber zugleich auch Formen der sozialen Kontrolle und Machtbeziehungen sind. Auch in Beziehungen, die bewaffnete Gruppen zur internationalen Politik aufbauen, finden sich beide Seiten der Solidarität. Die Hilfe, die erheischt und gewährt wird, eröffnet Möglichkeiten, sie ist aber zugleich auch Machtchance für jene, die ihre Verteilung kontrollieren.

I Die moralische Ökonomie der Diaspora

Migrationen sind von jeher Teil der menschlichen Geschichte. Seit 1945 und insbesondere seit Mitte der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts haben sich Umfang und Bedeutung der Bevölkerungsbewegungen jedoch erheblich erhöht. Der Umfang der weltweiten Migration ist schwierig anzugeben. Anfang der neunziger Jahre beliefen sich die Schätzungen der International Organisation for Migration (IOM) noch auf eine Zahl von 80 Millionen Personen, die alle Formen der Migration einschloss und auch undokumentierte Fälle berücksichtigte (Castles/Miller 1993: 3). Heute kann man von einer etwa doppelt so hohen Zahl weltweiter Migration ausgehen.

Die großen Ströme der Migration auf der Welt fließen allerdings nicht in jene Länder, in denen dies am stärksten diskutiert wird. In Nordamerika und Europa sind zwar in den vergangenen Jahren Millionen von Menschen aus Krisen- und Kriegsgebieten untergekommen. Die viel größeren Wanderungen finden aber in andere Regionen der Welt statt. Das gilt nicht nur für die ca. 20 Millionen registrierten Kriegsflüchtlinge, die sich nach UN-Angaben vor allem in den unmittelbaren Nachbarländern von kriegsbetroffenen Staaten niedergelassen haben. Dass sich in Hochzeiten mehr als zwei Millionen Pakistanis in den Staaten des Persischen Golfs als Arbeitsmigranten aufhielten, ist ebenso bekannt wie der Umfang der Arbeitsmigration aus den Philippinen in diese Region. Andere, größere Bewegungen werden seltener erwähnt: Etwa ein Viertel der 14 Millionen Menschen umfassenden Bevölkerung Malis befindet sich im Ausland, die meisten davon in den Nachbarländern, in denen sie ohne juristischen Schutz vor willkürlicher Ausweisung leben. Auch von rund sechs Millionen Tadschiken arbeitet rund ein Viertel in der Russischen Föderation mit meist unklarem legalen Status.

In den prekären Verhältnissen des Exils werden die sozialen Bindungen mit den Gleichursprünglichen zum überlebenswichtigen Band. Gerade in jenen Zielländern von Migration, in denen die Einreisenden nicht mit institutionalisierten Hilfen zu rechnen haben, oder unter den Bedingungen der illegalen Migration ist die Solidarität unter Bekannten und Verwandten die wichtigste Form der Lebenssicherung. Typischerweise bildet sich deshalb in den schwierigen Verhältnissen des Exils zur Sicherung des Lebensunterhaltes unter Migranten und Exilanten eine Form der Ökonomie heraus, die im Folgenden als »moralische Ökonomie der Diaspora« bezeichnet werden soll. Der Begriff der moralischen Ökonomie, von E. P. Thompson Anfang der siebziger Jahre eingeführt, bezog sich ursprünglich auf die moralische Dimension, die die Hungerproteste im England des 18. Jahrhunderts erhielten,

als sich die Protestierenden auf moralische Codes beriefen und diese Handlungen begannen, die Getreidemärkte zu beeinflussen (Thompson 1971). Die moralische Ökonomie der Diaspora jedoch gleicht eher dem, was James Scott wenige Jahre später mit diesem Begriff verband: Systeme der solidarischen Selbsthilfe unter südostasiatischen Bauern. Gerät ein Bauer in Not, so erhält er von der Dorfgemeinschaft die Unterstützung, die er benötigt, um mit größter Anstrengung seine Existenz zu retten. Auf diese Hilfe kann jeder jederzeit rechnen (Scott 1976).

Die moralische Ökonomie der Diaspora funktioniert allerdings nicht nach solch einer einfachen Regel, weil die sozialen Verhältnisse im Exil wesentlich komplexer sind. Niemand kann die Lage des anderen so sehr überschauen, wie es in einer traditionellen Dorfgemeinschaft von Reisbauern möglich ist. Die moralische Ökonomie besteht hier aus differenzierten Systemen der Gabe und Verpflichtung wie etwa die Hilfe bei der Arbeits- und Wohnungssuche, die Versorgung mit Kleidung, Unterkunft und Nahrung in kurzfristigen Übergangszeiten. Geld als Medium ist in moralischen Ökonomien nur unter bestimmten Bedingungen – nämlich in Form von Spenden – zugelassen. Diese moralische Ökonomie dient ähnlich wie bei den von Scott beschriebenen südostasiatischen Bauern der Bewältigung der Unsicherheit vor allem in der ersten Phase des Exils.

Ihre Basis ist die Gemeinschaft, die nach Ferdinand Tönnies auf der Basis »der Verständnis« entsteht. »Sie ist die besondere soziale Kraft und Sympathie, die Menschen als Glieder eines Ganzen zusammenhält« (Tönnies 1991: I, §9). Die geteilte Sprache, das identische Schicksal und die Erfahrungen im Exil stiften Zusammenhalt. Sie sind die vorgängigen Grundlagen der Prozesse, die den Zusammenhalt und die Tauschbeziehungen in der Diaspora herstellen. Über den Tausch von kleinen Diensten und wenigen Gütern entsteht auf diesen vergemeinschaftenden Potenzen aufbauend der Zusammenhang der moralischen Ökonomie. Denn in der Zeitspanne, die zwischen Gabe und Gegengabe liegt, schaffen und reproduzieren sich Bindungen. Die Trias der Pflichten, die Mauss für die Gabenökonomie archaischer Gesellschaften herausgearbeitet hat, greift wie in vielen anderen modernen Zusammenhängen auch in der Ökonomie der Diaspora: Geben, Nehmen und Erwidern müssen nicht unmittelbar aufeinander folgen. Die Zeitdifferenz zwischen der Erfüllung dieser Pflichten spannt die Beziehung zwischen den Tauschenden (vgl. Mauss 1989: 71 ff.).

Die Durchsetzung der moralischen Ökonomie der Diaspora geht mit subtilen Formen der sozialen Kontrolle einher, deren wichtigste die Zuweisung von Ehre und Schande ist. Dem informellen Sanktionssystem von Ehre und Schande liegt die

Angst vor dem Gesichtsverlust, der Blamage zugrunde. Die moralischen Forderungen dieses Sanktionssystems sind den Akteuren kaum explizit bewusst, sondern wirken als internalisierte Zwänge.

Ehre und Schande setzen die »Öffentlichkeit« einer imaginierten oder realen Gemeinschaft voraus (Elwert 1987: 315). In der Diaspora wird diese durch Medien, Veranstaltungen und Vereine geschaffen. In der tamilischen Diaspora in Kanada beispielsweise bestehen über hundert Vereine und Gruppierungen. Die Exilanten sind in politischen Organisationen, in zahlreichen Sportvereinen, Dorfgemeinschaften und in so genannten »Old Boys«-Assoziationen organisiert, die sich aus den ehemaligen Mitgliedern einer Schule zusammensetzen. Auch hat sich eine tamilische Medienlandschaft ausdifferenziert. Rund ein Dutzend tamilische Zeitungen sind teils kostenlos erhältlich, fünf Radiostationen und drei tamilische Fernsehsender senden zum Teil rund um die Uhr (Radtke 2004).

Die moralische Ökonomie der Diaspora ist aber nicht auf den Austausch von Gaben in der Exilgemeinschaft eines Landes beschränkt. In vielen Fällen überschreitet sie nationalstaatlich gefasste Grenzen. Die Mitglieder einer Diaspora unterhalten typischerweise Kontakt mit Personen oder Gruppen des gleichen Hintergrundes sowohl in den Gastländern als auch im Herkunftsland und in anderen Migrationsländern.

Die bekannteste und wirtschaftlich bedeutsamste Form des Austauschs zwischen Migranten und den Daheimgebliebenen sind die so genannten »labor remittances«, Überweisungen, die von Arbeitsmigranten aus dem Ausland in ihre Heimatländer getätigt werden. Selbst in kleine Staaten wie El Salvador, Marokko oder Jemen werden jährlich jeweils um die zwei Milliarden US-Dollar dieser im Ausland erzielten Einkünfte überwiesen. Die rund acht Millionen Philippinos und Philippinas, etwa ein Zehntel der Gesamtbevölkerung, die als Arbeitsmigranten in Nordamerika, in Europa und in den Golfstaaten leben, senden rund die Hälfte ihrer Einkommen an ihre Familien, und selbst von den rund 200.000 Kriegsflüchtlingen aus Somalia, die seit dem Kriegsbeginn 1988 nach Europa oder in die Golfstaaten gelangt waren, flossen 1996 rund 140 Millionen US-Dollar in ihr Heimatland zurück (Pérouse de Montclos 2003: 167).

Bewaffnete Gruppen können an die lokale und transnationale moralische Ökonomie der Diaspora nicht nur andocken, sie können sie sogar in ihrem Sinne ausbauen und neu gestalten. Meist geschieht das durch Exilorganisationen, die versuchen, das Vereinswesen der Diaspora zu lenken und für sich nutzbar zu machen. So werden viele Vereine und Organisationen der Tamilen in Toronto mittlerweile von

der tamilischen Rebellenbewegung LTTE kontrolliert. Das bedeutet nicht, dass die Prinzipien der gegenseitigen Hilfe, die vielen dieser Organisationen zugrunde liegen, außer Kraft gesetzt würden. Im Gegenteil, die Hilfsnetzwerke der Vereine werden von der LTTE systematisch ausgebaut. Durch den Einfluss bewaffneter Gruppen kann die transnationale moralische Ökonomie der Diaspora stabilisiert werden. Das bisher informelle ökonomische System beginnt sich zu formalisieren.

Die Anschlusspunkte, die sich für die Exilorganisationen bewaffneter Gruppen in der Diaspora ergeben, beruhen auf einer geteilten politischen Haltung und dem Glauben an die »richtige Sache«. Freiheit, Emanzipation und Selbstbestimmung haben sich als politische Normen ebenso globalisiert wie in früheren Epochen andere politische Ideale. Die Idee der Nation und die Idee des Staates werden von bewaffneten Gruppen nicht in Frage gestellt, und sie werden auch nicht nur in instrumenteller Absicht angeführt, wenn solche Gruppen mit ihren Diasporas kommunizieren, oder wenn sie sich an andere Umwelten wenden. Aber auch Gefühle und Verpflichtungen, die auf dem traditionellen Habitus aufrufen, erlauben die Verbindung zwischen Exilgemeinden und der Politik bewaffneter Gruppen: Die geteilte Sorge um die im Kriegsgebiet lebenden Verwandten und Freunde und auch die gefühlte Schuld, selbst davongekommen zu sein, während die anderen für etwas kämpfen oder leiden.

Die »Trias der Pflichten« erhält im Kriegsfall noch einmal eine ganz andere Bedeutung. Geben – nehmen – erwidern: Diese Verpflichtungen werden zum überlebenswichtigen Band der Gemeinschaft, deren Existenz von bewaffneten Gruppen besonders in Sezessionskriegen und so genannten ethnischen Konflikten beschworen wird. Dass auch der Krieg selbst für die Verbindung zwischen Konfliktpartei und Diaspora konstitutiv werden kann, zeigt das Beispiel der eritreischen Exilanten in Frankfurt. Der Krieg gegen die äthiopische Zentralregierung, der in den frühen sechziger Jahren begann, hatte Hunderttausende ins Exil gezwungen. Die Aktivitäten der Migranten wurden überwiegend von der eritreischen Befreiungsbewegung (EPLF) und ihren so genannten Massenorganisationen koordiniert (Schröder 1992: 48). Doch nach der Erlangung der Unabhängigkeit 1993 lösten sich die zahlreichen Organisationen der Gemeinde fast vollständig auf. Für viele Mitglieder war nun die Zeit angebrochen, sich um die eigenen Probleme, die eigene Karriere oder Familie zu kümmern. Erst mit dem erneuten Ausbruch des Krieges mit Äthiopien 1998 nahmen einige Vereine ihre Arbeit wieder auf.

Die wichtigste Arbeit bewaffneter Gruppen im Exil ist die Mobilisierung von Ressourcen für den bewaffneten Kampf im Heimatland. Auch diese Arbeit bedient

sich der moralischen Ökonomie der Diaspora, denn ein großer Teil der Gelder, die aus der Diaspora an bewaffnete Gruppen fließen, stammt aus Spendensammlungen. Dabei wird der Inhalt der Spendenaufrufe den globalen Diskursen über politische Gewalt und der in diesem Zusammenhang erfolgenden Kodierung der Akteure angepasst. Alle Kriegsakteure folgen in ihren Beschreibungen der Konflikte geschickt den Konjunkturen der moralischen Codes, mit denen in der internationalen Politik über organisierte Gewalt geurteilt wird. So konnte etwa für den bewaffneten Kampf in El Salvador oder Eritrea offen um Waffen geworben werden, weil den bewaffneten Gruppen als Befreiungsbewegungen Legitimität durch die internationale Gemeinschaft zugesprochen wurde. Anders verhält es sich im Fall der tamilischen Rebellenbewegung. Seit einigen Jahren ist die Gruppe in zahlreichen Ländern als terroristische Vereinigung verboten. Spendensammlungen können daher nicht mehr von der LTTE selbst durchgeführt werden, sondern sind zur Aufgabe von tamilischen Vereinen und Medien geworden, deren Verbindung zur LTTE nicht offiziell bekannt ist. Als Zweck der Sammlungen wird dann auch nicht der Kauf von Waffen, sondern ein »wohltätiger Zweck« angegeben. Um das Spendenverhalten zu steuern, werden von Medien und Vereinen häufig Listen mit den Namen der Spender und der gezahlten Summe angelegt. Diese Listen werden den Personen vorgelegt, um deren Spende geworben wird. Die Öffentlichkeit der Gemeinschaft sorgt für moralischen Druck.

Die Ausnutzung der moralischen Ökonomie der Diaspora ist bei vielen bewaffneten Gruppen zu Beginn eines Bürgerkrieges ausgeprägter als in späteren Zeiten. Diese Tatsache lässt sich vor allem auf den zunehmenden Organisationsgrad der bewaffneten Gruppe im Exil zurückführen. Auf ökonomischer Ebene äußert sich dieser Prozess in der abnehmenden Bedeutung von Gaben für die Finanzierung des Krieges und der zunehmenden Wichtigkeit von Steuern. Je besser die Gruppe organisiert ist, desto mehr Kontrolle übt sie über die Diaspora aus und desto eher ist es ihr möglich, Abgaben nötigenfalls zu erzwingen. Für bewaffnete Gruppen hat die Erhebung von Steuern vor allem den Vorteil, die finanziellen Ströme aus der Diaspora vorhersehbar und damit kontrollierbarer zu machen.

Der Bedeutungswandel der Finanzierungsformen ist besonders nach dem Ende eines Bürgerkrieges ausgeprägt, denn die Umwandlung in Parteien, sofern sie gelingt, eröffnet bewaffneten Gruppen neue Möglichkeiten. Neben der Gelegenheit, auf internationale Kredite und Entwicklungshilfe zuzugreifen, betrifft dies vor allem die Erhebung von Steuern. Nach dem Sieg der EPLF und ihrer Umwandlung in die Partei People's Front for Democracy and Justice (PFDJ) wurde eine Steuer einge-

führt, die sich auf die Höhe von zwei Prozent auf alle im Ausland durch Eritreer erhaltenen Einkommen belief. Diese Steuer ist noch heute das bestehende Band zwischen den Exilierten, den Zurückgebliebenen und den Zurückgekehrten. Die Umwandlung der Gabe zur Steuer bedeutet indes den Verlust des »freien« moralischen Charakters. Doch so häufig die Monopolisierung einer moralischen Ökonomie im Exil durch bewaffnete Gruppen auch in die Erzwingung von Abgaben umschlagen kann, den Anfängen liegen andere Mechanismen zugrunde.

II Die moralische Ökonomie der internationalen Gemeinschaft

Nichtstaatliche Kriegsakteure kommunizieren nicht nur mit ihrer *constituency*, mit Diasporagemeinschaften und lokalen Bevölkerungen. Sie versuchen zugleich, in der internationalen Gemeinschaft, bei Staaten und Organisationen für ihre Projekte zu werben und Unterstützung zu erhalten. Ihre politischen Bemühungen, in den Augen fremder Regierungen oder internationaler Organisationen an Ansehen zu gewinnen oder zumindest Anerkennung zu erlangen, sind Teil ihrer Politik der Verwandlung ihrer militärischen Macht in legitime Politik.

Sie treffen dabei durchaus auf Bereitschaften, die sie nicht selbst herstellen können. Der Kampf um Anerkennung durch die arabischen Staaten etwa, der für Yassir Arafats Fatah in den ersten Jahren so mühsam war, konnte erst nach dem Sechstagekrieg 1967 wirklich erfolgreich sein, weil sich erst nach der großen arabischen Niederlage eine hinreichende Identifikation mit der palästinensischen »Sache« ergeben konnte (vgl. Kimmerling/Migdal 1993: 213 ff.). Die Unterstützung durch die arabischen Staaten war auch die Grundlage für den beispiellosen Erfolg der PLO, als nichtstaatliche Organisation einen völkerrechtlichen Status zu erlangen.

Aus den Jahrzehnten der Dekolonisationskriege sind ähnliche Fälle internationaler Unterstützung durch ferne Staaten und nichtstaatliche Initiativgruppen erkennbar. Die antikolonialen Rebellen in den portugiesischen Kolonien Angola und Mosambik ebenso wie Robert Mugabes ZANU in Simbabwe waren sich in den Jahren ihrer Kriegführung der Unterstützung vieler Regierungen sicher, nicht nur im so genannten sozialistischen Lager. Der Bezug auf globale Normen wie nationale Selbstbestimmung, Antirassismus und Demokratie verband sie mit politischen Gruppierungen und einzelnen Regierungen auch in Westeuropa und Nordamerika. Über diese Verbindungen der »Solidarität« flossen nicht immer Mittel, wie dies in

den Geldsammlungen »Waffen für El Salvador« in den achtziger Jahren geschah. Aber eine politische Unterstützung und ein Gewinn an Legitimität resultierte für nichtstaatliche Kriegersakteure damals wie heute aus den politischen Bemühungen, an andere moralische Codes anzuknüpfen. Offenbar hat auch die »internationale Gemeinschaft« ihre moralische Ökonomie.

Von einzelnen zwischenstaatlichen Beziehungen ist das schon länger bekannt. In vielen Verhältnissen zwischen Staaten greift die Kategorie des Interesses nicht, um zu erklären, wie sich Mittelflüsse und Engagement verteilen. Die Beziehungen Frankreichs zu seinen ehemaligen Kolonien sind dafür ein typisches Beispiel. Die größten Empfänger französischer Entwicklungshilfe – unter anderem Gabun, Kamerun, Elfenbeinküste, Senegal – sind nicht die Staaten, mit denen Frankreich besonders profitable Wirtschaftsbeziehungen unterhält und auch nicht jene, in denen eine besonders große Zahl französischer Staatsbürger ansässig ist. Auch stimmen die ehemaligen Kolonien in internationalen Organisationen nur selten im Sinne Frankreichs. Doch trotz der zahlreichen Skandale, trotz der hohen Kosten für den Erhalt militärischer Kontingente und trotz der periodisch aufflackernden Kritik an der Begünstigung autoritärer Regime und den undurchsichtigen Geschäftspraktiken großer französischer Konzerne in den ehemaligen Kolonien hat sich seit der Vierten Republik an den Beziehungen nichts Wesentliches geändert. Die Zuschüsse an die Regierungen der frankophonen Staaten laufen weiter, weil sich über die Jahrzehnte unter dem postkolonialen Konsens der besonderen Beziehungen transnationale klientelistische Netzwerke herangebildet haben, die über eine Vielzahl von Institutionen um Ressourcen konkurrieren. Der Bezug auf die geteilte Sprache, auf die gemeinsame Vergangenheit und nicht zuletzt die oft enge persönliche Verflechtung der politischen Klassen stabilisiert dieses nach Lehrbuchbegriffen »irrationale« Netzwerk von Staatsgeschäften (vgl. Schlichte 1998). »La Françafrique« ist ein transnationaler Raum, der von der Rhetorik der Freundschaft beherrscht wird, und in dem sich Politisches, Ökonomisches und eben auch Emotionales nur schwer trennen lässt.

Gelegentlich ist die moralische Ökonomie der internationalen Gemeinschaft von internationaler Politik nur noch schwer unterscheidbar. Das gilt etwa dann, wenn das Moralische, jedenfalls vordergründig, explizit zum Gegenstand der internationalen Politik wird. Marcel Mauss (1989) bezog sich in seiner Analyse »der Gabe« auf so genannte archaische Gesellschaften. Berühmt sind seine Charakterisierungen des Potlatsch, eines Rituals unter den Indianern im Nordwesten Amerikas, zwischen Vancouver und Alaska. Deren jährlichen Riten sind Feste der Vernichtung

von Reichtümern, riesige, tagelange Gelage, bei denen die Stämme sich in Großzügigkeiten zu überbieten suchen. Überraschend sind die Parallelen zwischen Mauss' Beschreibung und der Funktionsweise internationaler Politik, die in großen Konferenzen über die Hilfe für Not leidende Staaten entscheidet:

»Die reichen Stämme ordnen sich hierarchisch in Bruderschaften und Geheimbünden, ... und all dies – Clans, Heiraten, Initiationen, schamanische Sitzungen und die Kulte der großen Götter, der Totems und der kollektiven oder individuellen Vorfahren – verknüpft sich zu einem unentwirrbaren Netz von Riten, rechtlichen und wirtschaftlichen Leistungen, wodurch die politischen Ränge innerhalb der Männerbünde, des Stammes oder der Stammeskonföderationen bestimmt werden. Bemerkenswert ist bei diesen Stämmen jedoch das Prinzip der Rivalität und des Antagonismus, das bei all diesen Praktiken herrscht. Man geht bis zum offenen Kampf, bis zur Tötung der Häuptlinge und Adeligen, die sich so gegenüberreten. Und andererseits geht man bis zur rein verschwenderischen Zerstörung der angehäuften Reichtümer, um dem rivalisierenden Häuptling, der zugleich ein Verwandter sein kann, den Rang abzulaufen. (...) Man verbrennt ganze Kisten mit Kerzenfischen oder Walfischöl, Häuser und Tausende von Woldecken, man zerbricht die wertvollsten Kupferplatten oder wirft sie ins Wasser, um einen Rivalen auszustechen. Damit bewirkt man nicht nur seinen eigenen Aufstieg auf der sozialen Stufenleiter, sondern auch den seiner Familie. Wenn man will, mag man diese Art der Verteilung Austausch oder sogar Handel und Verkauf nennen, doch es ist eine aristokratische Form des Handels, durchdrungen von Etikette und Großmut; und wenn er in einer anderen Gesinnung betrieben wird, nämlich im Hinblick auf sofortigen Gewinn, begegnet man ihm mit betonter Verachtung« (Mauss 1989: 17, 67).

Natürlich sind Staaten und auch die Staatengemeinschaft in Wirklichkeit nicht so großzügig wie die indianischen Häuptlinge. Sie haben ihre Sparpläne, und sie geben ihr Geld in der Regel nicht losgelöst von anderen Zwecken aus. Aber auch in der internationalen Gemeinschaft funktionieren Mechanismen, die sich mit den üblichen Verweisen auf Machtpolitik und nationale Interessen nicht erklären lassen. Kein reicher Staat verweigert die Hilfszusage, wenn die anderen sich dazu entschlossen haben. Die Gabe ist auch immer »impression management« (Berking 1996: 198). Soziale Ehre, Gefühle der Verpflichtung und die Frage der Schuld – all dies sind auch in der internationalen Öffentlichkeit Größen, mit denen nationale Bewegungen und bewaffnete Gruppen ihre Agenden verknüpfen können.

Für die Gebenden geht es in dieser Ökonomie um die Akkumulation symbolischen Kapitals (Bourdieu 2001: 251), denn das Geben ist Zeichen des höheren Status, es generiert Anerkennung und stiftet Bindungen. Der Gestus der »donors«, wie sie im Sprachgebrauch der Entwicklungshilfe richtig genannt werden, ist der paternalistische des Überlegenen, der belohnt und ablehnt, der kodiert und Programme schreibt. Bewaffnete Gruppen können das akzeptieren, weil für sie die Gewinne aus diesem Spiel der scheinbaren Uneigennützigkeit wichtig sind. Für sie

ist allein die moralische Kodierung eines Konflikts durch die »internationale Gemeinschaft« entscheidend. Denn die Präsenz in Konferenzen, in den Medien und in den Vorzimmern der Macht allein bewirkt noch nicht, was nötig ist: die Legitimierung des eigenen Kampfes als eines moralisch berechtigten Unternehmens, das der Abwehr oder der Überwindung eines moralischen Übels dient. Schon in den Namen fast aller nichtstaatlichen Kriegersakteure kommt dies zum Ausdruck: Sie bezeichnen sich als Bewegung oder Partei der Freiheit, der Befreiung, der Demokratie oder ehemals auch des Sozialismus. Diese Bezeichnungen haben den doppelten Zweck, Legitimität nach innen und außen über die Anknüpfung an etablierte Normen herzustellen.

Die für eine bewaffnete Gruppe günstige Kodierung eines Konflikts ist auch deshalb wichtig, weil diese darüber entscheidet, wie nach dem Ende des Krieges, aber auch schon in seinem Verlauf, die Ströme der Hilfe verlaufen. Für diese Arbeit sind bewaffnete Gruppen nicht allein auf ihre eigenen moralischen Unternehmer angewiesen. Sie können zurückgreifen auf die Arbeit derer, deren Geschäft die Kodierung, die Benennung und Formulierung ist. Das sind die Regierungspolitiker und die Nichtregierungspolitiker mit ihren Apparaten, Konferenzen und Papieren. Auch diese Prozesse sind strukturiert (Pouligny 2001: 168). Denn nicht alle haben gleichen Zugang zu den Foren, nicht alle politischen Akteure können gleichermaßen artikulieren, was ihr Anliegen oder nur ihr Ungenügen ist. Ihnen bleibt der Appell, die Sprache der Bilder, der Gestus des Verfolgten, »die Öffentlichkeit«.

Von der anderen Seite kommt ihnen die moralische Nachfrage entgegen. Allein die Existenz von Institutionen und Hilfswerken sorgt für Argumente, für Verpflichtungen und Fürsprecher. Die Etats sind immer schon eingeplant, die Aktionsprogramme geschrieben, und die Experten aus der Wissenschaft fertigen ihre Interpretationen nötigenfalls aus dem Stegreif. Die humanitäre Hilfe führt die Moral schon doppelt im Namen und sucht sich ihre Einsatzorte auch mit Hilfe der Lotsendienste medialer Berichterstattung und – vielleicht – politischer Manipulation.

Auch die internationale Gemeinschaft hat also ihre »moral economy«, die sich in Akteure und Normen desaggregieren lässt. Ähnlich wie in Mauss' Skizze des Potlatsch gibt es in der moralischen Ökonomie der Hilfe auch einen Wettbewerb der Ehre. Dabei ist die Großzügigkeit der Hilfe vielleicht gar nicht der wichtigste Einsatz, sondern eher schon die Tat, der Akt oder wenigstens die Erstellung von Programmen. Auch die Gaben der internationalen Gemeinschaft sind nicht neutral. Auch sie gehorchen der Trias der Pflichten, die Mauss formulierte. Nicht nur Dankbarkeit wird erwartet, sondern auch Gegengabe. Und so kann man die morali-

sche Ökonomie der internationalen Gemeinschaft auch auffassen als Versuche der Etablierung von Herrschaft.

III Die Grenzen der Moral

Die Einsichten in die moralische Seite der Ökonomie der Diaspora dürfen nicht dazu verleiten, sie zu romantisieren. In der Not des Exils ist die Einwilligung in angebotene Hilfe von einem Handeln unter Zwang schwer zu unterscheiden. Denn je prekärer die Lage in der Fremde ist, desto größer ist der soziale Druck, sich den Regeln und Erwartungen der Gemeinschaft zu beugen. Wie fast immer, so lässt sich die praktizierte Solidarität auch in diesem Fall sowohl als selbstlose Hilfe, als funktionales Erfordernis oder aber als Praxis der symbolischen Selbstaufwertung interpretieren. Die moralische Ökonomie der Diaspora ist außerdem kein lückenlos funktionierendes Hilfswerk. Sie erfasst nicht alles und jeden, und ihre Exklusionsmechanismen sind nicht weniger rigide als die entwickelter Staaten. Die Gerechtigkeit, die sie praktiziert, ist nicht egalitär und auch nicht über Verfahren einklagbar. Ihr haftet etwas Willkürliches und Unausweichliches an.

Unter anderem deshalb sind die Versuche bewaffneter Gruppen, die moralische Ökonomie der Diaspora politisch zielgerichtet unter Kontrolle zu bringen, auch nicht einfach als kriminelle Strategie zu denunzieren. Denn die Institutionalisierung dieses Feldes, die durch die Politik bewaffneter Gruppen einsetzt, schafft auch Erwartungsverlässlichkeit und Eindeutigkeit. Auch schließt sie die Solidarität persönlicher Beziehungen nicht aus. Ihr Modus, die politische Indienstnahme von sozialen Beziehungen, ist schließlich jeder Form von politischer Herrschaft eigen. Und wie stark der Druck und die Sanktionsmöglichkeiten bei Nichtbefolgung der politischen Absichten ist, hängt nicht zuletzt von den Chancen alternativer sozialer Integration ab, die von den Gastländern der Exilanten definiert werden. Wo rechtsstaatliche Appellations- und Schutzinstanzen fehlen, unterscheidet sich das *racket* der bewaffneten Gruppen nicht von den Mechanismen anderer Akteure, die Werte appropriieren.

Während an der Unterwerfung der moralischen Ökonomie der Diaspora durch bewaffnete Gruppen eine politische Indienstnahme sozialer Beziehungen erkennbar ist, zeigt sich in der Verknüpfung von internationaler Politik und der Moralpolitik bewaffneter Gruppen, wie sehr auch in stark formalisierten Beziehungen das Soziale

- Jung, D./K. Schlichte/J. Siegelberg, 2003: *Kriege in der Weltgesellschaft. Strukturgeschichtliche Erklärung kriegerischer Gewalt (1945–2000)*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Kaldor, M., 2000: *Neue und alte Kriege: Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kimmerling, B./J.S. Migdal, 1993: *Palestinians: The Making of a People*. New York: Free Press.
- Mauss, M., 1989: Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften. In: M. Mauss, *Soziologie und Anthropologie*. Bd. 2. Frankfurt: Suhrkamp, 9–144.
- Pérouse de Montclos, M.-A., 2003: *Diaspora et terrorisme*. Paris: Presses de Sciences Po.
- Pouligny, B., 2001: Acteurs et enjeux d'un processus équivoque. La naissance d'une »internationale civile«. In: *Critique internationale* 13, 163–176.
- Radtke, K., 2004: Diaspora und Konfliktfinanzierung: Die moralische Ökonomie des Bürgerkrieges in Sri Lanka. In: J. Calließ (Hrsg.), *Loccumer Protokolle 70/03*. Loccum, (im Erscheinen).
- Scott, J., 1976: *The Moral Economy of the Peasant: Rebellion and Subsistence in Southeast Asia*. New Haven: Yale University Press.
- Schlichte, K., 1998: La Francaftique: Postkolonialer Habitus und Klientelismus in der französischen Afrikapolitik. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 5, 309–343.
- Schröder, G., 1992: Eritreer in der Bundesrepublik Deutschland: Materialien zur Soziographie, hrsg. Vom Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung, Berlin.
- Thompson, E.P., 1971: The Moral Economy for the English Crowd in the Eighteenth Century. In: *Past and Present* 50, 76–136.
- Tönnies, F., 1991: *Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie*. Neudr. der 8. Auflage von 1935, 3., unveränd. Auflage, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

durchschlägt. Die Normen der internationalen Politik sind nicht nur rechtlicher Natur, sondern sie nähren sich ebenso aus dem Bestand vorgängiger Haltungen und etablierter Verhaltensmuster.

Auch diese Einsicht muss vor Fehlinterpretationen geschützt werden. Es wäre unzutreffend, die moralischen Bezüge als bloße Rhetorik oder instrumentelle Strategie zu denunzieren. In den Programmen und Projekten der Agenturen der Hilfe kommen durchaus Vorstellungen über die »gute Ordnung« zum Ausdruck, auch wenn sich die Praxis der Umsetzung und die Andersartigkeit des Kontextes ihrer Realisierung regelmäßig entgegenstehen. Nicht anders als in den Diskursen der bewaffneten Gruppen ruhen auch die Themen und Figuren in den Reden und Papieren der Staatsmänner auf politischen und moralischen Vorstellungen ihrer *constituency* auf. Deren Moral kommt darin vor, auch wenn sie die politische Praxis nicht determiniert.

Auch in der internationalen Politik mischen sich moralische Haltungen mit zweckrationalen Interessen und der unregelmäßigen Konkurrenz von Institutionen mit ihren Agenden und Diskursen. So stark Elemente des Moralischen in einzelnen Entscheidungen, in Sprache und Programmen aufleuchten, so stellen sie doch nicht das beherrschende Prinzip der Politik zwischen Staaten dar. Nicht anders als in der Politik bewaffneter Gruppen sind die Bezüge zur Moral teils bewusste Strategie, teils gelebte Sitte, die darauf abzielt, Bündnisse zu finden, Anerkennung zu generieren und Legitimität zu erlangen.

Literatur

- Berdal, M./D. Malone, 2000: *Greed and Grievance: Economic Agendas in Civil Wars*. Boulder, CO: Rienner.
- Berking, H., 1996: Geben und Nehmen. Zur Ökonomie des Schenkens. In: F. Hager/H. Schwengel (Hrsg.), *Wer inszeniert das Leben? Modelle zukünftiger Vergesellschaftung*. Frankfurt a.M.: Fischer, 197–208.
- Bourdieu, P., 2001: *Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Castles, S./M.J. Miller, 1993: *The Age of Migration – International Population Movements in the Modern World*. Houndmills: Macmillan.
- Elwert, G., 1987: Ausdehnung der Käuflichkeit und Einbettung der Wirtschaft. In: K. Heinemann (Hrsg.), *Soziologie wirtschaftlichen Handelns*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 28. Opladen: Westdeutscher Verlag, 300–321.